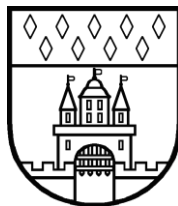


Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **24.02.2022**

Nr.: **5/2022**

I N H A L T :

Lfd. Nr.	Titel	Seite
9/2022	Ersatzbestimmung für ein Ratsmitglied	2
10/2022	Bebauungsplan Nr. 33a „Industriestraße / Schützenstraße“ – 2. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit	3
11/2022	Bebauungsplan Nr. 46 „Niedermühle“ - 5. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Rechtsverbindlichkeit	7
12/2022	80. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Genehmigung und Wirksamwerden	11
13/2022	Bebauungsplan Nr. 15a „Bahnhof Burgsteinfurt“ - 1. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: 1. Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13 (2) BauGB in der Zeit vom 04.03.2022 bis 05.04.2022	15

Bekanntmachung

Ersatzbestimmung für ein Ratsmitglied

Herr Johannes Wczasek, wohnhaft **Friedenau 37, 48565 Steinfurt**, ist am 06.02.2022 verstorben.

Gem. § 45 Absatz 1 KWahlG habe ich festgestellt, dass **Frau Claudia Schreiber, geb. 1960**, wohnhaft **Amselweg 38, 48565 Steinfurt**, aus der Reserveliste der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) nachrückt.

Gegen diese Feststellung können gem. § 39 Absatz 1 KWahlG

- a) jeder Wahlberechtigte des Wahlgebiets,
- b) die für das Wahlgebiet zuständige Leitung solcher Parteien und Wählergruppen, die an der Wahl teilgenommen haben sowie
- c) die Aufsichtsbehörde

innen eines Monats nach Bekanntgabe dieser Feststellung Einspruch erheben, wenn sie eine Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl gemäß § 40 Absatz 1 Buchstaben a) bis c) für erforderlich halten. Der Einspruch ist bei der Wahlleiterin schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift zu erklären.

Steinfurt, 15.02.2022

Az.: 10-24-00 / De-Rk

Kreisstadt Steinfurt
Die Wahlleiterin

gez. Claudia Bögel-Hoyer

Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 33a „Industriestraße / Schützenstraße“ – 2. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33a "Industriestraße / Schützenstraße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

„Gem. § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33a „Industriestraße / Schützenstraße“ gemäß § 13 BauGB mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes und die Begründung liegen bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage

dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, sowie § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, sowie § 2 (4) Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW 1994 S. 516), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

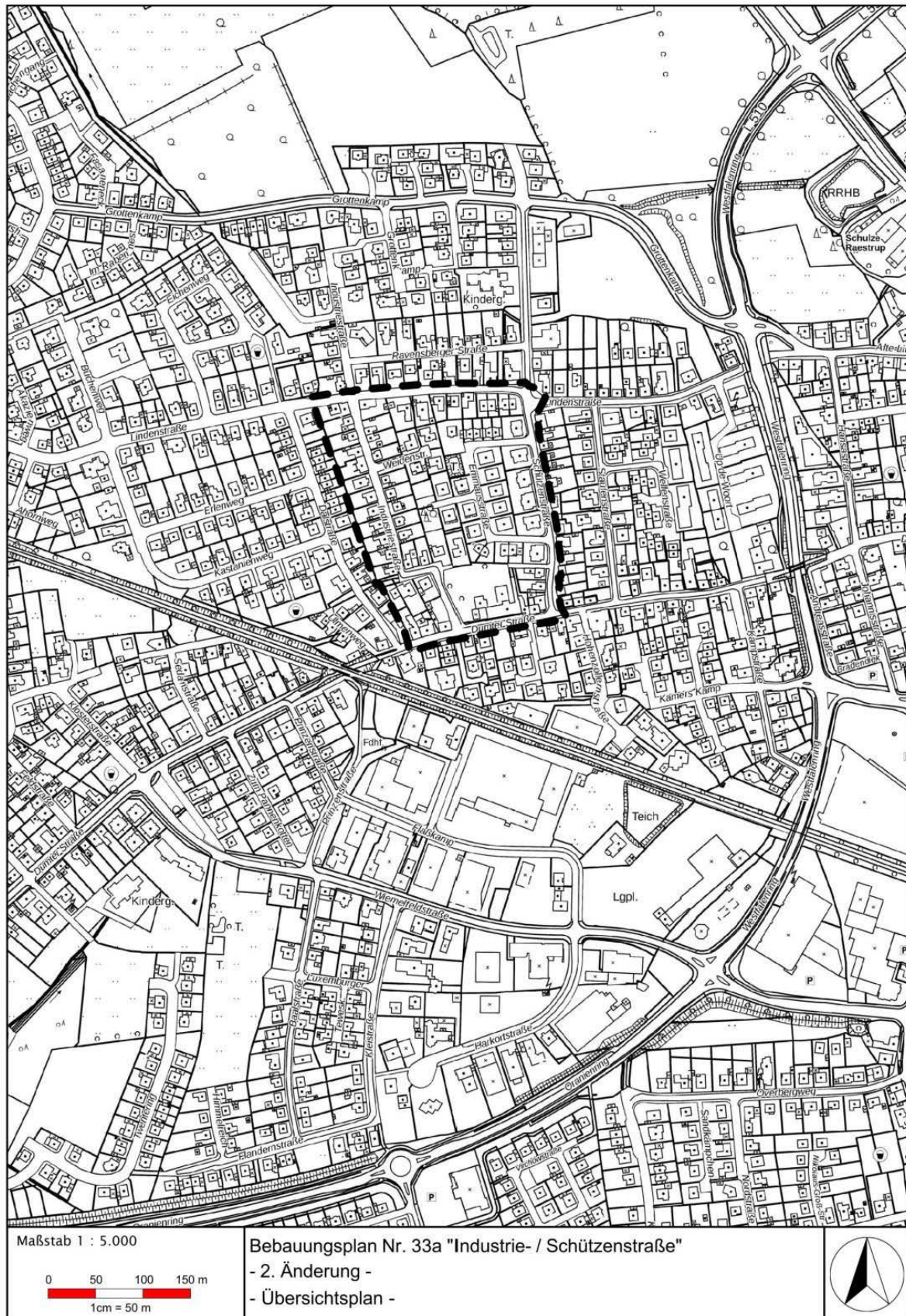
Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

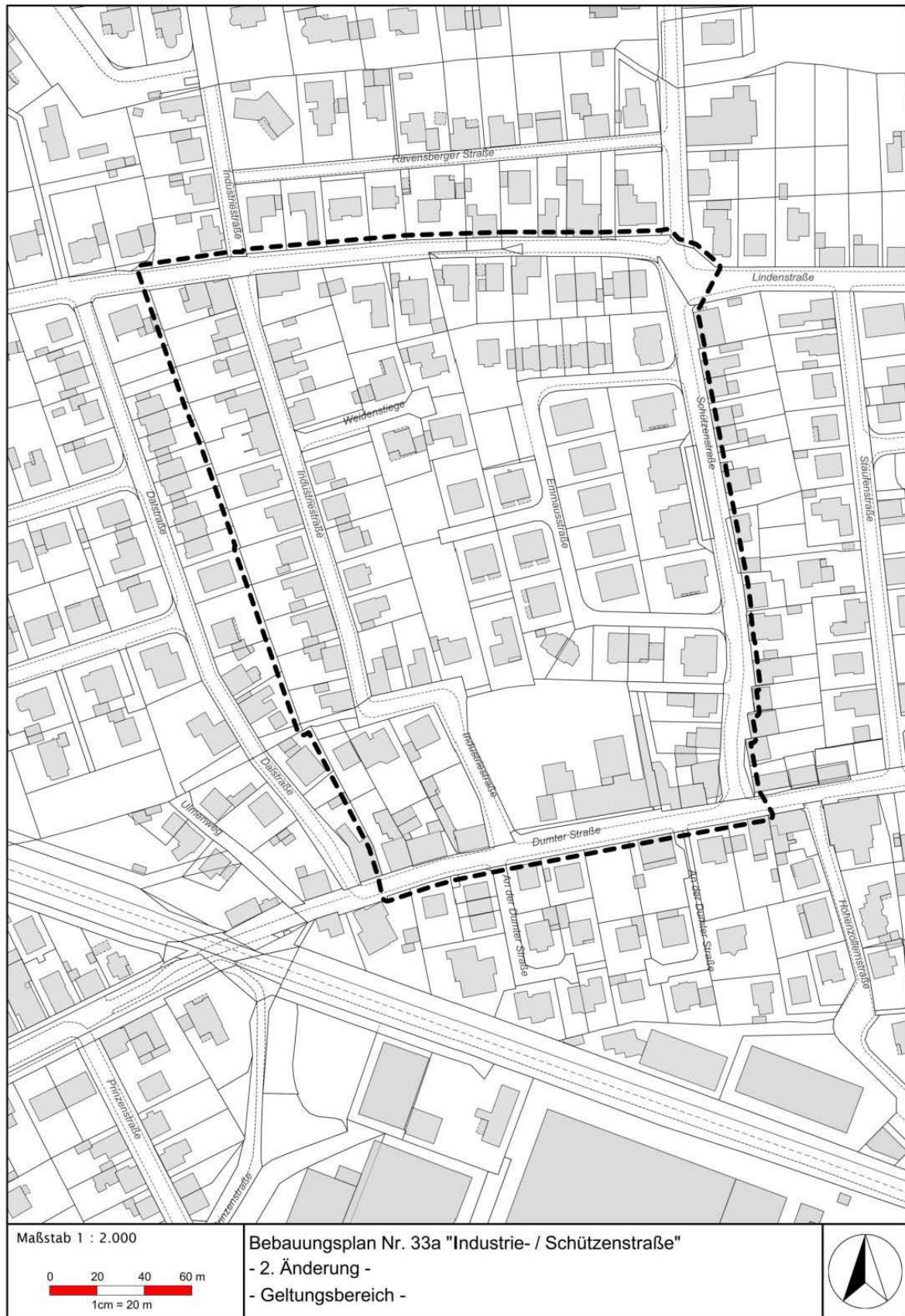
Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33a "Industriestraße / Schützenstraße" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 18.02.2022

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin





Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 46 „Niedermühle“ - 5. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Rechtsverbindlichkeit

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 10.12.2020 die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 "Niedermühle" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

„Gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 „Niedermühle“ mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Der Bebauungsplan und die Begründung liegen bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren

Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, sowie § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, sowie § 2 (4) Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW 1994 S. 516), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 10.12.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

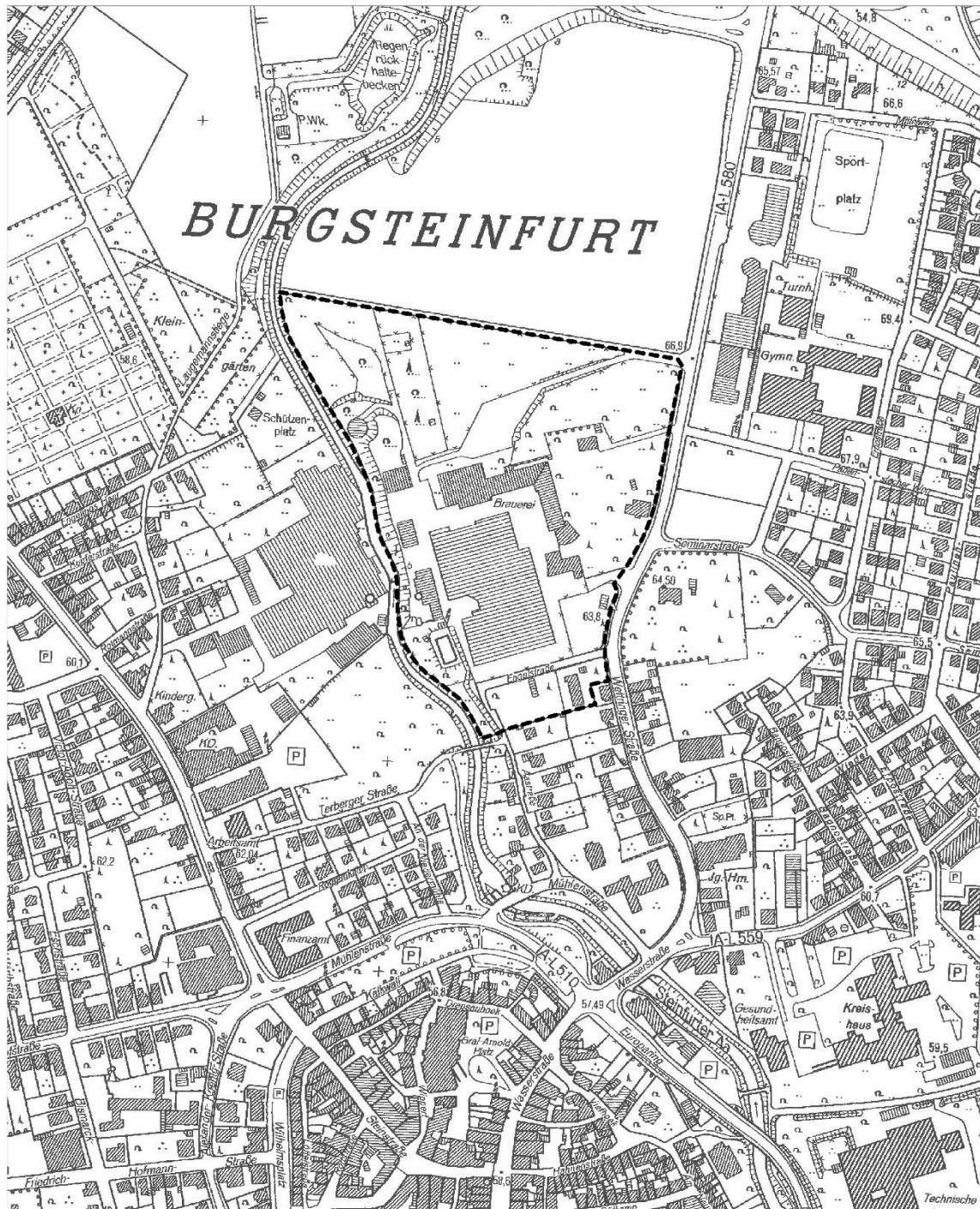
Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 "Niedermühle" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 18.02.2022

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bebauungsplan Nr. 46 „Niedermühle“ – 5. Änderung
Kreisstadt Steinfurt (Stadtteil Burgsteinfurt)
Übersichtsplan



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1:5000



Bebauungsplan Nr. 46 „Niedermühle“ – 5. Änderung
Kreisstadt Steinfurt (Stadtteil Burgsteinfurt)
Liegenschaftskarte mit Geltungsbereich



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1:2500



Bekanntmachung

80. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: Genehmigung und Wirksamwerden

Mit Bericht vom 27.10.2021 wurde bei der Bezirksregierung Münster die Genehmigung gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) für die 80. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ beantragt.

Mit Verfügung vom 11.01.2022, Az.: 35.02.01.700-021/2021.0002, hat die Bezirksregierung Münster die 80. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Steinfurt gemäß § 6 BauGB genehmigt.

Der Geltungsbereich der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst eine Fläche von ca. 25.000 m² und ist aus den anliegenden Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), in der zuletzt geltenden Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Flächennutzungsplanänderung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Feststellungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 der Fassung des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Dies gilt ebenso für die Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder dem Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Die Flächennutzungsplanänderung und Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der Flächennutzungsplanänderung berücksichtigt wurden, und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, liegen bei der Kreisstadt Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40,

Zimmer 238 bis 240, vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Die Genehmigung der Bezirksregierung Münster vom 11.01.2022 wird gemäß § 6 BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geltenden Fassung, i.V.m. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geltenden Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 80. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Steinfurt wirksam.

Übereinstimmungsbestätigung:

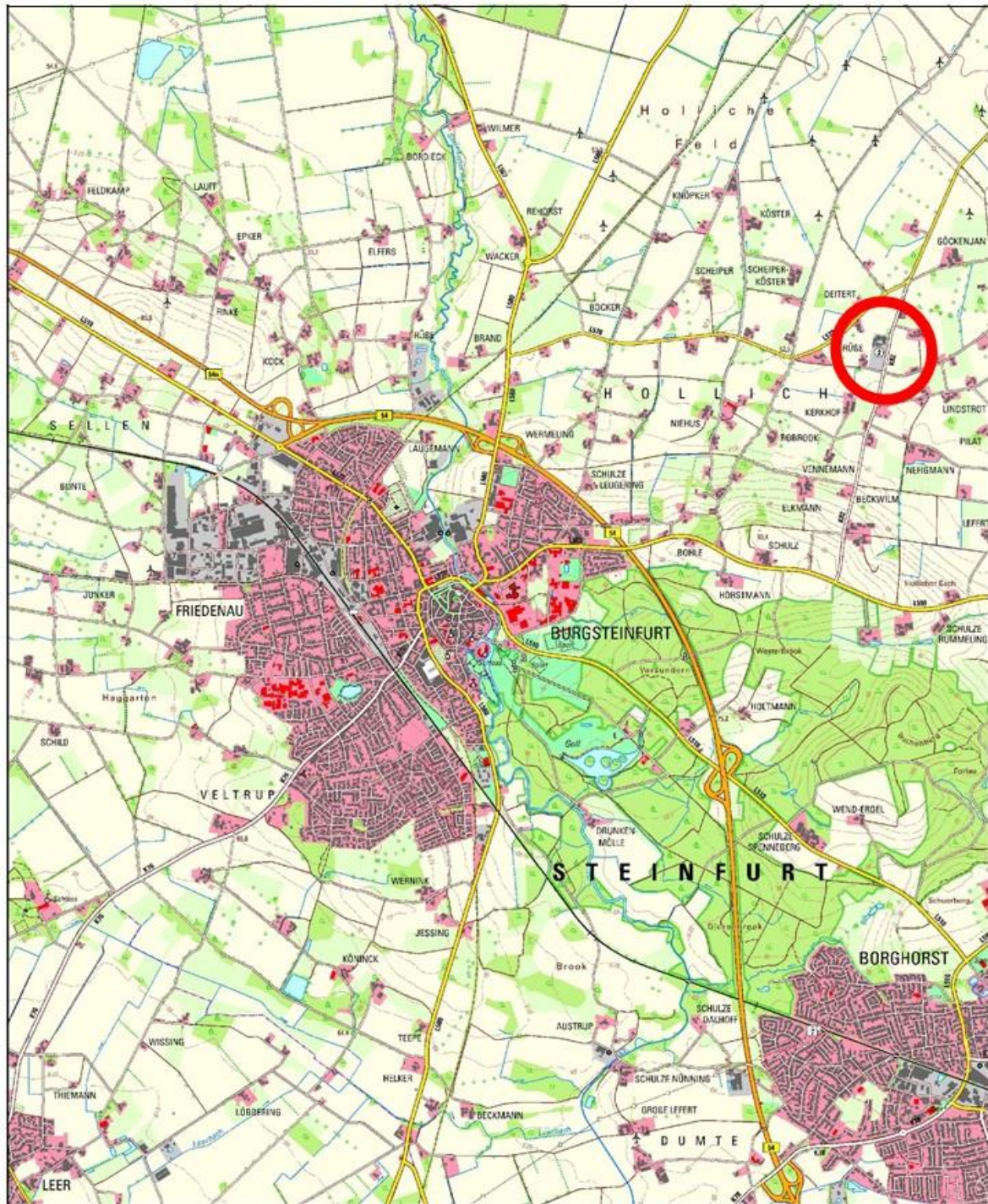
Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 09.09.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Steinfurt, 18.02.2022

Az.: 61-20-02/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
80. Änderung des Flächennutzungsplanes
Lage im Stadtgebiet

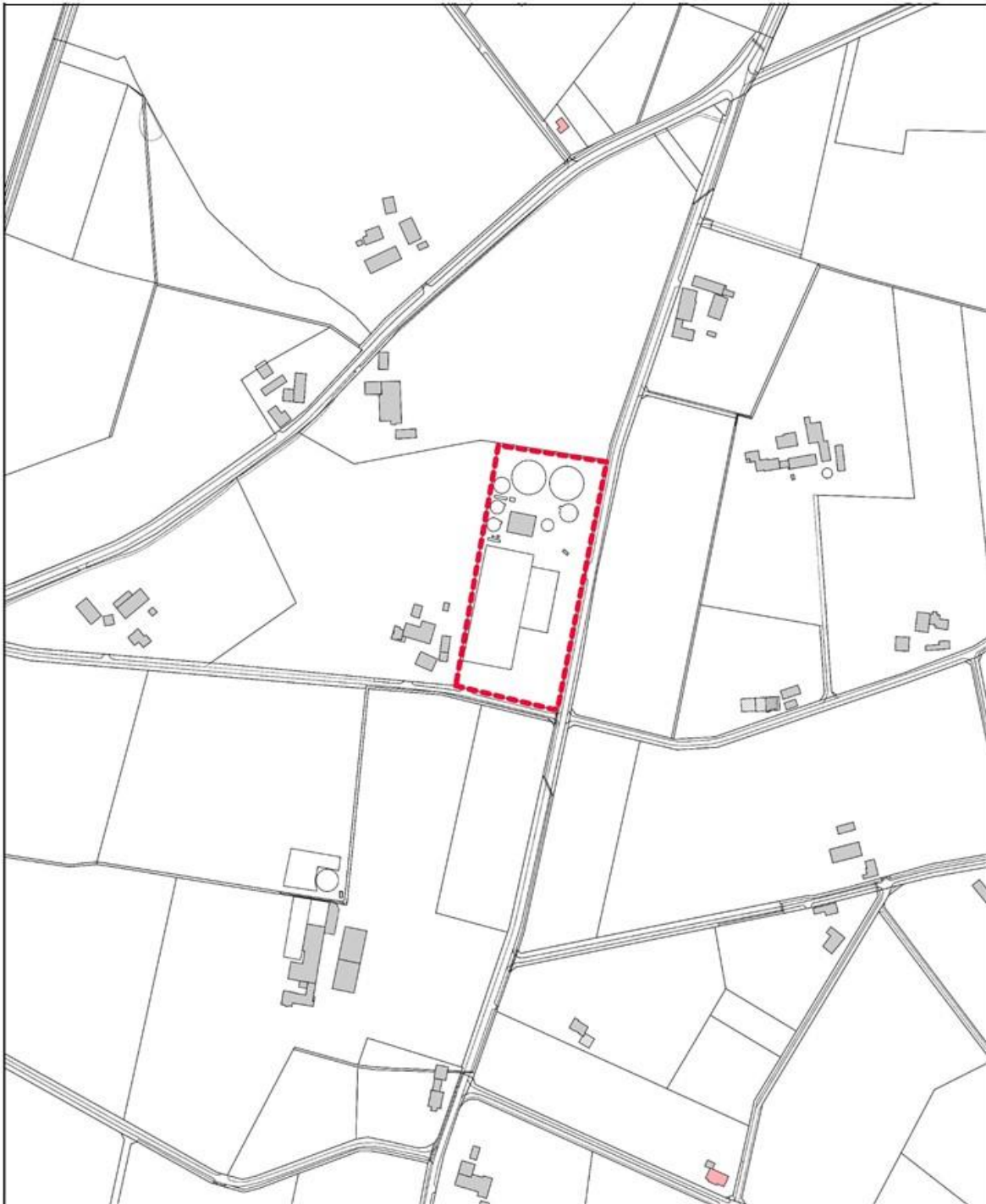


Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 35.000



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
80. Änderung des Flächennutzungsplanes
Änderungsbereich



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000



Bekanntmachung

**Bebauungsplan Nr. 15a „Bahnhof Burgsteinfurt“ - 1. Änderung der
Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
hier: 1. Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13 (2) BauGB
in der Zeit vom 04.03.2022 bis 05.04.2022**

1. Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 15 a „Bahnhof Burgsteinfurt“ wird gemäß § 13 BauGB für jeweils einen Teilflächen der Grundstücke Flur 18, Flurstück 449 und 447 Gemarkung Burgsteinfurt wie folgt geändert:

"Im Bereich der Zufahrt in der südöstlichen Ecke des Grundstückes Flur 18, Flurstück 449 bzw. der südwestlichen Ecke des Grundstückes Flur 18, Flurstück 447 werden die Anteile der festgesetzten Gebietskategorien Sondergebiet (SO) und Allgemeines Wohngebiet (WA) verschoben. Die Zufahrt ist insgesamt 8,50 m breit und als mit Geh- Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche (GFL Fläche) getrennt nach Sondergebiet (auf 3 m Breite) und Allgemeinem Wohngebiet (auf 5,50 m Breite) festgesetzt.

Die Festsetzungen sollen so verschoben werden, dass die Zufahrtsbreite im Bereich des Sondergebietes 6,50 m (entsprechend der Grundstücksbreite) und die Zufahrtsbreite im Bereich des Allgemeinen Wohngebietes 3,50 m beträgt. Die GFL-Fläche soll auf 10,00 m aufgeweitet und als eine Fläche festgesetzt werden, ohne Trennung zwischen SO und WA.

Die textliche Festsetzung Nr. 16 wird entsprechend angepasst.

Die weiteren Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. 15 a bleiben unverändert.“

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15 a "Bahnhof Burgsteinfurt" umfasst Teilflächen der Grundstücke Flur 18, Flurstücke 449 (ca. 155 qm) und 447 (ca. 104 qm), Gemarkung Burgsteinfurt. Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 a „Bahnhof Burgsteinfurt“ ist im beigefügten Lageplan eindeutig dargestellt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden bzw. Träger der öffentlichen Belange gemäß § 13 (2) BauGB ist durchzuführen.

2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 (2) BauGB

Gemäß § 13 (2) BauGB liegt der 1. Änderungsentwurf des Bebauungsplanes Nr. 15a "Bahnhof Burgsteinfurt" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

in der Zeit vom 04.03.2022 bis zum 05.04.2022

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a „Bahnhof Burgsteinfurt“ soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine

erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB abgesehen.

Folgende Umweltinformationen sind verfügbar und können ebenfalls eingesehen werden:

- Schalltechnische Untersuchung des Planungsbüros für Lärmschutz Altenberge, Sitz Münster, Stand Juni 2008, mit Informationen zu den lärmtechnischen Emissionen und Immissionen
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag	08.00 bis 12.00 Uhr,
Montag und Donnerstag	14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung unter Einhaltung der aktuell geltenden Corona-Bestimmungen möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 277 an.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

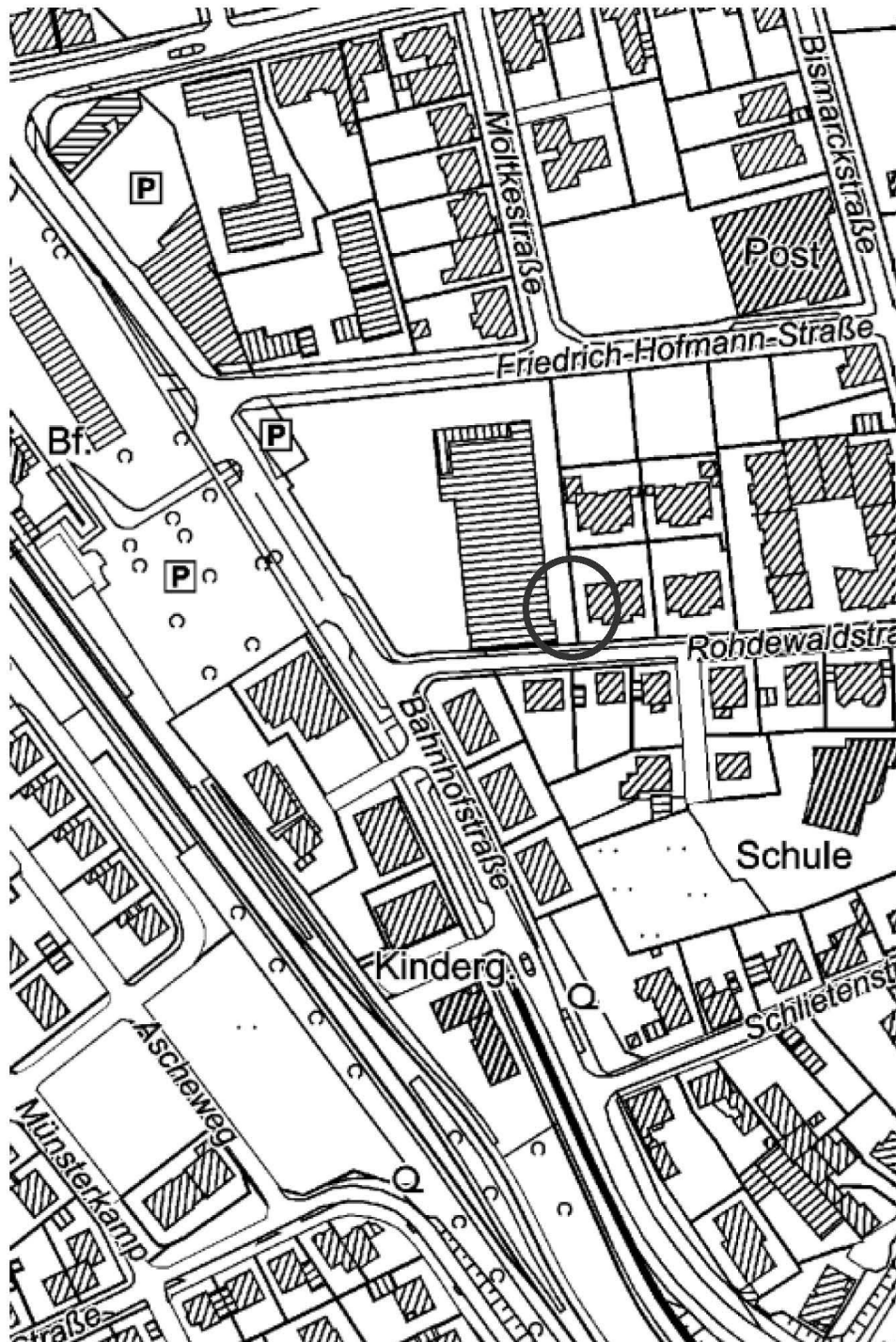
Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der aktuell gültigen Fassung öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 18.02.2022

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

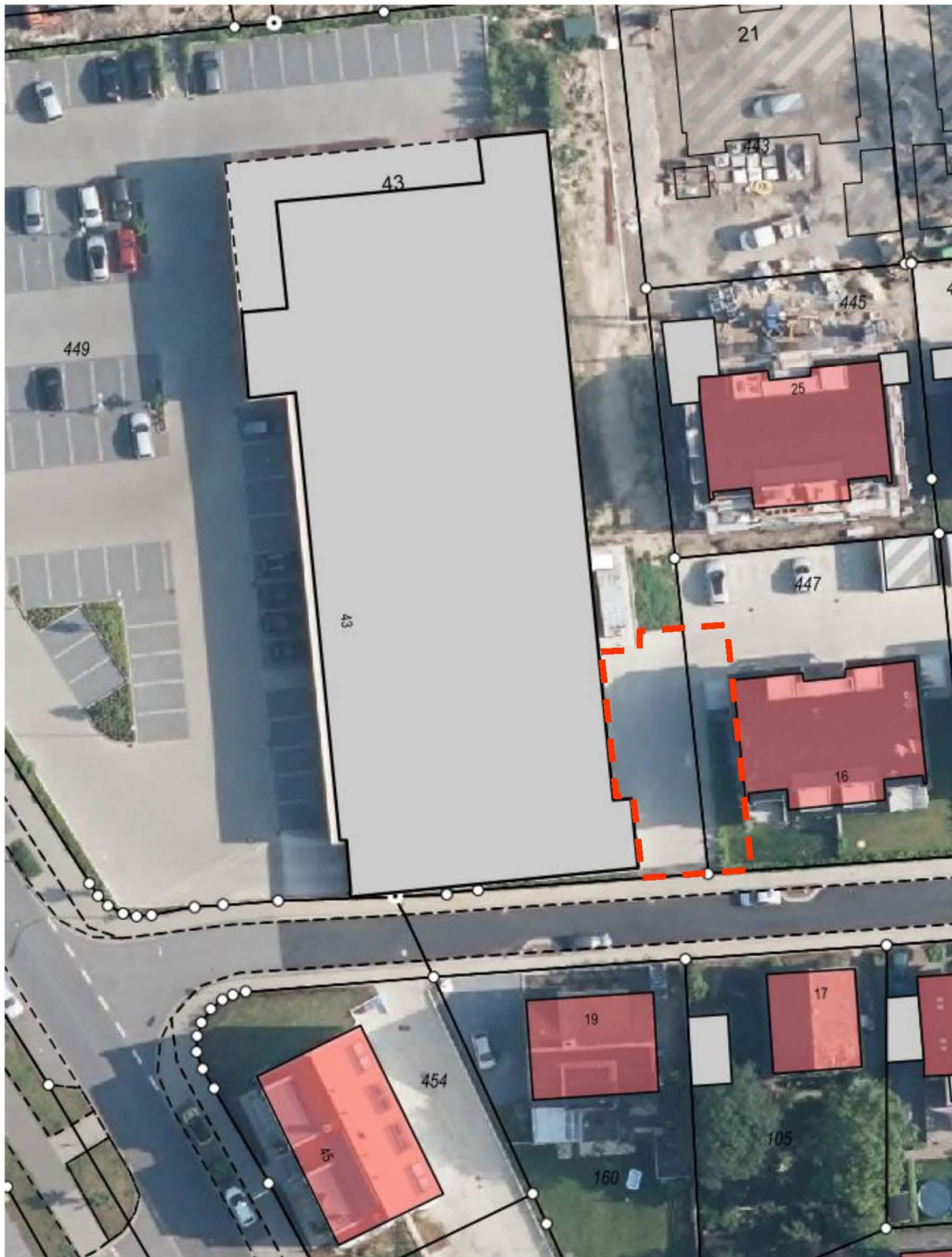
Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 15 a „Bahnhof Burgsteinfurt“ – 1. Änderung
Übersichtsplan



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 15 a „Bahnhof Burgsteinfurt“ – 1. Änderung
Geltungsbereich



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung



